



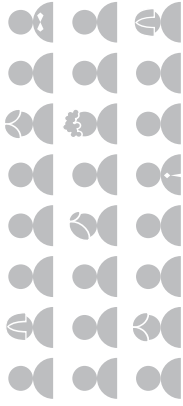
GREENPEACE

Jahresbericht 2025



[greenpeace.de](https://www.greenpeace.de)





619.969 Fördermitglieder

Rund 620.000 Menschen finanzieren die Umweltschutzarbeit von Greenpeace durch ihren regelmäßigen Beitrag.

Struktur von Greenpeace Deutschland

Das deutsche Büro hat seinen Sitz in Hamburg. Oberstes Beschlussgremium ist die Versammlung der stimmberechtigten Mitglieder mit 40 Sitzen, die den Aufsichtsrat wählt. Die bis zu sieben Aufsichtsratsmitglieder setzen den Geschäftsführenden Vorstand ein. Dieser trägt die rechtliche, organisatorische und finanzielle Gesamtverantwortung für den Greenpeace e. V.

Fördermitglieder, die sich in den Greenpeace-Gruppen ehrenamtlich engagieren, können zehn der 40 stimmberechtigten Mitglieder im Verein mitwählen oder sich selbst zur Wahl stellen. ■



Trustee

Vertreter:innen des deutschen Büros für internationale Generalversammlungen



Kampagnen und Teams

- Energiewende
- Agrarwende
- Waldwende
- Konsumwende
- Finanz- und Wirtschaftswende

- Meeresschutz
- Mobilität
- Frieden
- Agenda
- Aktion
- Bildung

- Integrity / Legal / Controlling
- DirektDialog und Kooperationen
- Engagement
- Digitales Engagement
- Finanzen
- CRM / Analytics
- Fundraising
- Geschäftsstelle
- Landesbüro
- Politische Vertretung

Es unterstützen

Menschen in über 90 Städten

Etwa 6800 Menschen engagieren sich bei Greenpeace und sind über unsere Community-Plattform Greenwire online vernetzt: **greenwire.greenpeace.de**
In über 90 Städten gibt es die Möglichkeit, direkt und ganz persönlich in unseren Greenpeace-Ortsgruppen mitzumachen und sich für den Umweltschutz und Frieden einzusetzen.

40 stimmberechtigte Mitglieder

Wahl

ehrenamtlicher Aufsichtsrat

Anna Leidreiter (Sprecherin),
Kerstin Doerenbruch (Trustee),
Katharina van Bronswijk,
Peter Emorinken-Donatus,
Dr. Hans-Joachim Menzel,
Elke Schekahn und
Hermann-Josef Tenhagen

Geschäftsführender Vorstand

Sophie Lampi, Nina Schoenian und Martin Kaiser

Titelseite oben: Mit einem Oktopus protestierten Aktive von Greenpeace vor dem Reichstagsgebäude gegen den Tiefseebergbau;
unten links: Anlässlich des dritten Jahrestags von Russlands Vollinvasion in der Ukraine setzten sich Aktive von Greenpeace gegen marode russische Schattenflottentanker in der Ostsee ein;
unten rechts: Während der Koalitionsverhandlungen im Frühjahr 2025 ist Greenpeace gemeinsam mit anderen Organisationen für die Mobilitätswende und die Demokratie auf den Straßen.

Vorwort



Der Geschäftsführende Vorstand, bestehend aus Martin Kaiser, Nina Schoenian und Sophie Lampl (von links nach rechts)

Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer, liebe Freundinnen und Freunde von Greenpeace,

ein riesiger, pinkfarbener Oktopus auf den Stufen zum Reichstagsgebäude – dieses eindrucksvolle Bild steht symbolisch für unseren Auftrag: Wir bringen den Protest für den Schutz unserer Lebensgrundlagen dorthin, wo Entscheidungen getroffen werden. Ob Aktive von Greenpeace gegen den zerstörerischen Tiefseebergbau oder marode Öltanker der russischen „Schattenflotte“ in der Ostsee demonstrieren – Greenpeace ist die unüberhörbare Stimme der Natur.

Das Jahr 2025 hat gezeigt, wie wirksam wir durch unsere Unabhängigkeit sind. Wir haben die Agrarwende vorangetrieben, indem wir systematisches Tierleid in der Schweinemast dokumentierten und Unternehmen mit der Realität hinter ihren Werbeversprechen konfrontierten. So konnten wir beispielsweise das Ende der qualvollen Anbindehaltung für Bärenmarke-Trinkprodukte erreichen und bei den großen Supermärkten den Haltungswechsel absichern. Gleichzeitig machten wir die Energiewende in rund 100 Kommunen beim „Tag des offenen Heizungskellers“ praktisch erlebbar und erzielten vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag einen historischen Durchbruch: Klimaschutz wurde dort offiziell als völkerrechtliche Pflicht anerkannt.

Diese Kraft zur Veränderung wird von einer beeindruckenden Gemeinschaft getragen. Eine Zahl

verdeutlicht das Fundament unserer Arbeit besonders: Zum 31. Dezember 2025 finanzierten 619.969 Menschen als Fördermitglieder die Umweltschutzarbeit von Greenpeace Deutschland. Diese breite Unterstützung ermöglicht es uns, unabhängig von Politik und Wirtschaft zu agieren. Es ist dieses Vertrauen, das uns die Freiheit gibt, Missstände wie die Belastung von Speisefisch mit sogenannten Ewigkeitschemikalien (PFAS) aufzudecken oder die Lobbystrukturen superreicher Klimasünder offenzulegen.

In diesem Bericht lesen Sie von Erfolgen wie dem Inkrafttreten des UN-Hochseeschutzabkommens, aber auch von den Herausforderungen, die vor uns liegen – vom notwendigen Gasausstieg bis hin zum Schutz unserer heimischen Ökosysteme.

Vielen Dank, dass Sie diesen Weg mit uns gehen. Mit Mut, Beharrlichkeit und der Gewissheit, dass wir gemeinsam die Welt zum Besseren verändern

Sophie Lampl, Nina Schoenian und Martin Kaiser,
Geschäftsführender Vorstand Greenpeace Deutschland

Waldwende



Warum der größte Regenwald der Erde uns alle angeht und wie er geschützt werden kann

Rund zehn Jahre ist es her, dass die Weltgemeinschaft das Pariser Klimaabkommen der Vereinten Nationen (UN) beschlossen hat. Dessen Ziel: die Temperatursteigerung auf 1,5 – höchstens aber auf 2 – Grad Celsius zu begrenzen.

Davon sind wir weit entfernt. Die Erde erhitzt sich weiter – Wetterextreme, Gletscherschmelzen, Waldbrände und Artensterben sind nur einige der Auswirkungen. Laut dem Weltklimarat (IPCC) steuern wir bis zum Jahr 2100 auf eine

durchschnittliche globale Erwärmung von 3,2 Grad zu, wenn wir keine zusätzlichen Klimaschutzmaßnahmen ergreifen. Der Schutz der Wälder ist dafür maßgeblich, ohne sie können wir die Klimakrise nicht in den Griff bekommen.

Anlässlich der Klimakonferenz COP30, die 2025 in Brasilien stattfand, ließ Greenpeace eine Kunstinstallation mit brennenden Buchstaben durch deutsche Städte reisen.



Deswegen schaute die Welt im Herbst 2025 nach Belém in Brasilien. Hier fand die UN-Klimakonferenz COP30 statt. Durch das Gastgeberland rückte der Schutz der Wälder, ein entscheidender, aber oft vernachlässigter Aspekt des Klimaschutzes, endlich in den Fokus. Denn der Amazonas-Regenwald speichert gigantische Mengen Kohlenstoff – rund

73 Milliarden Tonnen. Er ist unser Verbündeter gegen die Klimakrise.

Für Umweltschützende waren die Ziele der Klimakonferenz daher klar: Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas, stärkerer Wald- und Naturschutz und eine bessere Finanzierung all dessen.

Doch die Weltklimakonferenz endete, man kann es nicht anders

sagen, als herbe Enttäuschung. Denn Ölkonzerne und Ölexportländer wie Saudi-Arabien und Russland verhinderten, dass im Abschlussdokument ein beschleunigter Ausstieg aus fossilen Brennstoffen festgeschrieben wurde. Ebenso kam der Aktionsplan zum Schutz der Wälder nicht zustande. ►

Immerhin wurde in Belém etwas anderes deutlich: Die globale Klimabewegung war zurück. An der Seite indigener Gemeinschaften forderte sie Lösungen. Es war die farbenfroheste COP seit Langem. Brasiliens Regierung kündigte die Ausweisung von zehn neuen indigenen Gebieten an. Das gilt als wichtiger Schritt bei der Anerkennung der Rechte von Indigenen. Auch versprach Brasilien mehr direkte Förderung für indigene Gemeinschaften.

Und mit einem Tropenwaldfonds rückte der Schutz des Regenwalds immerhin ein bisschen näher. Dieser Fonds (TFFF) und der Klimafonds sollen ärmere Länder bei ihren Klima- und Naturschutzbemühungen unterstützen.

Doch auf diesen dürren Erfolgen darf die Weltgemeinschaft sich nicht ausruhen. Folgende fünf Punkte definierte Greenpeace nach der COP als entscheidend, um den Amazonas-Regenwald zu schützen und die Klimakrise in den Griff zu bekommen:



Bei einer Kunstaktion machten Aktive von Greenpeace mit Asche aus Amazonas-Waldbränden auf die Dringlichkeit des Waldschutzes aufmerksam.



Stopp für Soja aus Waldgebieten!

Hauptzerstörer des Amazonasgebiets ist die Agrarindustrie, allen voran die Fleischproduktion: Rund 90 Prozent der abgeholzten Flächen dienen der Rinderhaltung. Aber auch Futtersoja wird in großem Stil in Brasilien angebaut. In den vergangenen 20 Jahren sorgte das Amazonas-Sojamoratorium (ASM) für einen gewissen Schutz, weil im Amazonasgebiet keine weiteren Waldflächen für neue Sojafelder zerstört werden durften. Das ASM, das auch dank des Einsatzes von Greenpeace eingeführt wurde, stand zum Ende des Jahres 2025 auf der Kippe. Die Lobby der Sojaproduzenten forderte seine Abschaffung.

Informationen zu den Entwicklungen zum Soja-Moratorium finden sich auf unserer Website:



Kontrolle der Importe aus Regenwaldstaaten!

Die EU muss verhindern, dass Produkte aus Waldzerstörung auf dem europäischen Markt landen. Dafür soll die EUDR sorgen, eine Verordnung für weltweiten Waldschutz. Doch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verschob deren Inkrafttreten auf Ende 2026 – insbesondere auf Druck der deutschen Interessenvertretung der Kleinwaldbesitzenden. Hinzu kam, dass die EUDR abgeschwächt wurde: Nur vier Länder, mit denen die EU sowieso kaum Handel treibt – darunter Nordkorea –, stuft sie nun noch als Hochrisikoländer ein, womit sie strengen Kontrollen unterliegen würden. Länder mit alarmierender Waldzerstörung wie Brasilien oder Indonesien müssen nur geringere Auflagen erfüllen.





Aktive von Greenpeace protestierten während der Klimakonferenz in Brasilien Ende 2025 auch gemeinsam mit Indigenen für den Schutz des Regenwalds, denn die Indigenen sind die Hüter:innen des Waldes.



Kein EU-Mercosur-Abkommen!

Das geplante Abkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Bolivien, Paraguay und Uruguay soll Zölle auf bestimmte Produkte reduzieren bzw. abschaffen. Dazu gehören Rindfleisch, Einwegplastik, Verbrennerautos und Pestizide – Produkte, die die Klimakrise, die Waldzerstörung und das Artensterben befeuern. Laut einer Studie im Auftrag der französischen Regierung wären mindestens 700.000 Hektar zusätzliche Waldfläche nötig, um den höheren Produktionsbedarf für Rindfleisch zu decken.

Aktuelle Entwicklungen zum Thema EU-Mercosur finden sich auf unserer Website:



Investitionen für Waldschutz!

Große Teile der Regenwälder befinden sich in ärmeren Ländern. Gleichzeitig haben Industrieländer wie Deutschland die Klimakrise durch ihre Emissionen besonders befeuert. Daher wurde auf der COP der Regenwaldfonds (Tropical Forests Forever Facility, kurz TFFF) beschlossen. Die Idee: Der Fonds investiert Geld und erwirtschaftet Gewinne. Teile dieser Gewinne werden an Tropenwaldländer ausgeschüttet – wenn diese ihre Wälder besser schützen. Nun geht es darum, wie die Investitionen ökologisch, sozial, nachhaltig und gerecht gestaltet werden können und wie sich der Erfolg dieser Maßnahmen überprüfen lässt.



Schutz des heimischen Walds!

Auch der Waldschutz in Deutschland lässt zu wünschen übrig. Nur auf 2,8 Prozent der Waldflächen dürfen keine Bäume gefällt werden. Aufgrund von Monokulturen und intensiver Waldbewirtschaftung sind unsere Wälder so geschwächt, dass sie Dürren und Schädlingen wie dem Borkenkäfer nicht mehr trotzen können. Der letzte Waldzustandsbericht zeigt: Nur noch jeder fünfte Baum in Deutschland ist gesund. Es braucht also sowohl nationale als auch internationale Maßnahmen, die gemeinsam die Wälder der Erde schützen – nicht nur am Amazonas. ■



„EDEKA LÄSST TIERE LEIDEN“

Recherchen von Greenpeace zeigten 2025: Statt auf Tier- und Klimaschutz setzte Deutschlands größte Supermarktkette weiterhin auf Billigfleisch aus tierquälerischer Haltung

In der Edeka-Werbung ist viel von Liebe die Rede. Doch die Aufnahmen aus zehn Schweinemastställen, die Greenpeace im Mai 2025 veröffentlichte, hatten nichts mit Liebe zu tun. Die Fotos und Videos von verletzten, kranken und toten Schweinen waren Greenpeace zugespielt worden. Greenpeace hatte die Bilder geprüft und ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Dieses kam zu dem Ergebnis, dass die in den betroffenen Ställen praktizierte Haltungsform 2 verfassungs- und tierschutzwidrig sei. Fünf der zehn Ställe produzierten zum Zeitpunkt der Dokumentation Schweinefleisch für die Edeka-Marken „Gutfleisch“ und „mein Land“.

„Die Aufnahmen zeigen, dass hinter Edekas Qualitätsversprechen Tierleid steckt: Fleisch aus tierschutzwidriger Haltung findet sich regelmäßig in den Regalen des größten deutschen Einzelhändlers“, sagte Stephanie Töwe, Greenpeace-Agrarexpertin.



Gemeinsam mit der bekannten Influencerin Bianca Heinicke schrieb Greenpeace daraufhin einen offenen Brief an Edeka-Chef Markus Mosa. Das Ziel von 100.000 Unterschriften war rasch erreicht – und wurde schließlich weit übertroffen: Im Dezember 2025 übergab Greenpeace den offenen Brief mit mehr als 131.000 Unterschriften an Edeka. Die Absender:innen forderten darin mehr Tier- und Klimaschutz bei Edeka. Mit den Aufnahmen aus den Ställen konfrontiert, redete sich das Unternehmen heraus, wies den Verbraucher:innen und der Politik die Verantwortung zu und behauptete, Haltungsform 2 fördere bereits das Tierwohl. Expertin Töwe hielt dagegen: „Edeka verspielt das Vertrauen der Verbraucher:innen, wenn es weiter Fleisch aus tierschutzwidriger und klimaschädlicher Haltung bewirbt und mit Tierwohl vermarktet.“

Im Laufe des Jahres 2025 führten Aktivist:innen bundesweit Hunderte Aktionen vor Edeka-Filialen durch. In Köln war Bianca Heinicke dabei, als eine Filiale zum Schweinestall umgestaltet wurde. In ganz Deutschland hinterließen Aktive von Greenpeace vor Filialen gebrochene Herzen aus Sprühkreide und den Slogan „Edeka lässt Tiere leiden“.



Auch andere Supermarktketten sind nicht auf der Höhe der Zeit

Die Zustände in den dokumentierten Ställen mögen besonders krass sein. Doch Edeka ist nicht allein mit seinem unverantwortlichen Profitstreben auf Kosten des Tierwohls. Denn alle großen Supermarktketten wie Edeka, Rewe, Aldi oder Lidl hatten zwar öffentlichkeitswirksam mehr Tierwohl und Klimaschutz zugesagt. Eine Analyse von Greenpeace aus dem Mai 2025 zeigte jedoch: Die Unternehmen hatten ihre Werbung für Billigfleisch in den vergangenen Jahren sogar ausgeweitet. Im Auftrag von Greenpeace untersuchte die Agrarmarkt Informations-Gesellschaft (AMI) das Thema für 2024 und fand ganze 8066 Werbeaktionen für Frischfleisch – rund 22 Prozent mehr als 2019.

Besonders brisant: 97,4 Prozent dieser Angebote bezogen sich auf konventionell produziertes Fleisch, davon 89 Prozent auf Produkte aus den niedrigsten Haltungsformen (1 und 2) oder ganz ohne Kennzeichnung. Der Anteil der Werbung für Biofleisch sank sogar, auf gerade einmal 2,6 Prozent. Bei Deutschlands größter Supermarktkette Edeka lag der Anteil von Werbung für Biofleisch mit einem Prozent sogar noch niedriger.



Um die versprochene Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, müssen die Supermarktketten den hohen Absatz von Fleisch- und Milchprodukten schnellstmöglich reduzieren. Denn mehr als 50 Prozent der CO₂-Treibhausgasemissionen entfallen auf tierische Produkte. Im Supermarktcheck wurde 2025 deshalb erstmals abgefragt, inwieweit die Unternehmen sogenannte Proteinstrategien verfolgen, also Pläne, wie im Angebot tierische Proteine durch pflanzliche ersetzt werden können. Einzig Lidl setzte eine messbare ambitionierte Reduktionsstrategie um. Aldi Süd und Rewe näherten sich einer Zielsetzung, bei allen anderen Händlern blieben die Ziele bisher reine Lippenbekenntnisse. Solange die Unternehmen den größten Klimahebel, die drastische Reduktion von Fleisch- und Milchprodukten zugunsten von pflanzlichen Lebensmitteln, nicht konsequent nutzen, bleibt das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 unglaublich unwahrscheinlich.

Dass Wandel möglich ist, zeigte 2025 ein Erfolg der Greenpeace-Arbeit zum Unternehmen Bärenmarke (mehr dazu auf Seite 25). ■

Zusammen mit Influencerin Bianca Heinicke (links mit dem Transparent) machten Aktive von Greenpeace online und offline auf vielfältige Weise darauf aufmerksam, wie Edeka Tierleid verursacht.



PFAS in Speisefisch

Eine Greenpeace-Studie zeigte 2025 hohe Konzentrationen schädlicher Ewigkeitschemikalien in Fisch, Muscheln und Krabben aus Nord- und Ostsee

Mittags ein Krabbenbrot, abends Scholle: Für viele Menschen gehört das im Küstenurlaub dazu. Doch das Essen aus dem Meer kann die Gesundheit gefährden.

Eine Greenpeace-Recherche aus Oktober 2025 zeigte, dass Speisefische, Muscheln und Krabben aus Nord- und Ostsee zum Teil stark mit schädlichen PFAS belastet waren. Die Expert:innen von Greenpeace hatten 17 Proben genommen und in allen die Ewigkeitschemikalien gefunden. Einige der Proben überschritten EU-Grenzwerte für PFAS bis zum Neunfachen. Die Belastung war in Steinbutt, Hering und Scholle besonders hoch.

Schon der Verzehr einer einzigen Portion von 150 g Steinbutt oder Krabben aus den Stichproben könne also die laut Europäischer Behörde

für Lebensmittelsicherheit (EFSA) als unbedenklich geltende wöchentliche PFAS-Aufnahmemenge für Erwachsene um bis zu 40 Prozent überschreiten. Bei regelmäßigem Konsum – etwa drei Portionen pro Woche – wären Überschreitungen von bis zu 321 Prozent möglich. Kinder seien aufgrund ihres geringeren Körpergewichts besonders gefährdet.

Für die Untersuchung hatten die Expert:innen von Greenpeace im Sommer 2025 Fisch, Krabben und Muscheln gekauft: von Fischkuttern, auf Fischmärkten und in Geschäften in Niendorf, Heiligenhafen, Cuxhaven, Büsum, Bremerhaven und Hamburg. Die Stichproben prüften unabhängige Labore.

Gesundheitsgefährdend und für immer

PFAS (Per- und Polyfluoralkylsubstanzen) stehen laut der Europäischen Umweltagentur stark im Verdacht, Krebs, Leberschäden

oder Störungen des Hormonsystems auszulösen. Sie sind eine Gruppe aus Tausenden menschengemachten Chemikalien, die für die Industrie große Vorteile bieten: PFAS sind temperaturstabil, reagieren nicht mit anderen chemischen Substanzen und sind wasser-, schmutz- und ölabweisend. Daher werden sie seit Jahrzehnten in Produkten wie Sportkleidung, Kaffeebechern oder Pfannen eingesetzt.

Was für die Industrie willkommen ist, ist für Natur und Mensch ein wachsendes Problem. Denn PFAS bauen sich nicht von alleine ab, daher werden sie auch „Ewigkeitschemikalien“ genannt. Seit Jahrzehnten reichern sie sich in der Umwelt an. Und auch der menschliche Körper sammelt im Laufe eines Lebens immer mehr PFAS an.

PFAS in Meeresschaum

Wie allgegenwärtig PFAS in marinen Ökosystemen inzwischen sind, zeigte sich bereits zuvor: Greenpeace hatte im Januar 2025 einen Bericht veröffentlicht, laut dem Meeresschaum an Nord- und Ostseestränden stark belastet ist. Auf Norderney und Sylt, in Sankt Peter-Ording, Boltenhagen und Kühlungsborn stellten die Expert:innen PFAS-Werte weit über dem dänischen Grenzwert für Badegewässer fest. In Deutschland gibt es nicht einmal einen Grenzwert.

Greenpeace forderte konsequente Maßnahmen gegen PFAS und eine EU-weite starke Beschränkung der Chemikalien. Ein Erfolg in Italien bei dem Thema machte Mut: Mehrere Führungskräfte aus der Chemiebranche waren im Sommer 2025 zu hohen Strafen verurteilt worden, nachdem Greenpeace, gemeinsam mit anderen Akteur:innen, eine Klage angestrengt hatte. ■

Greenpeace-Ökotoxikologe Julios Kontchou nimmt Proben aus dem Meeresschaum an der Ostsee.



Finanzwende

Beim Weltwirtschaftsforum in Davos ketteten Aktive von Greenpeace symbolisch Privatjets von Superreichen an.

Für Gerechtigkeit und Klimaschutz

Superreiche zahlen in Deutschland extrem niedrige Steuern und Abgaben, zugleich sind sie in besonderem Maße für die Klimakrise verantwortlich. Die Lösung: eine ökologische Milliardärssteuer

FUND A JUST & GREEN FUTURE!

#TaxTheSuperRich

GREENPEACE

Während die Klimakrise eskaliert und die Politik Normalverdienenden immer mehr Kosten aufbürdet, zahlen Milliardär:innen in Deutschland extrem niedrige Steuern und Abgaben, obwohl sie aufgrund ihres Lebensstils weit überdurchschnittlich für die Klimakrise verantwortlich sind.

Aktive von Greenpeace machten daher 2025 immer wieder lautstark darauf aufmerksam. So etwa im Januar, als sich im Schweizer Davos beim Weltwirtschaftsforum wie jedes Jahr die Reichen und Mächtigen trafen. Sie legten symbolisch Privatjets an die Kette, um die dringende Botschaft zu senden: Superreiche müssen fair besteuert werden! Auch international entflammte die Debatte: Brasilien setzte sich 2025 im Rahmen seiner G20-Präsidentschaft für eine globale Mindeststeuer für Milliardär:innen ein.

Exzessiver Lebensstil, riesige Schäden

Megajacht, Privatjet und Luxusvilla: Für viele Superreiche gehört das zum Alltag – mit schlimmen Folgen fürs Klima. Wer einen Privatjet wählt, der stößt zehnmal so viel Kohlenstoffdioxid aus wie mit einem Linienflug und 50-mal so viel wie mit einer Zugfahrt. Meist wird versucht, das mit der Verantwortung von Geschäftsreisenden zu rechtfertigen. Doch ein großer Teil der Reisen mit dem Privatflugzeug wird offenbar nicht zu beruflichen, sondern zu privaten Zwecken unternommen. Das zeigte im Dezember 2025 eine von Greenpeace

Mittel- und Osteuropa beauftragte Studie des Berliner Thinktanks T3 Transportation.

Neben ihrem Lebensstil heizen Superreiche mit ihren Investitionen und Unternehmensbeteiligungen die Klimakrise extrem an. Außerdem haben sie großen Einfluss auf Wirtschaft und politische Entscheidungen. Denn Geld heißt Macht.

Auch Superreiche wollen den Wandel

Das sehen auch deutsche Superreiche selbst kritisch, wie eine Befragung unter 511 Millionär:innen zeigte, die Greenpeace und das Netzwerk Patriotic Millionaires im Januar 2025 durchführen ließen. Demnach sahen 59 Prozent der Befragten einen Lebensstil mit Privatjets und Superjachten als Gefahr fürs Klima an. 58 Prozent fanden, eine Vermögenssteuer würde mehr Gerechtigkeit schaffen.

Das Konzept, für das sich Greenpeace 2025 einsetzte, sieht eine Steuer von zwei Prozent auf Vermögen ab 100 Millionen Euro vor, mit einigen Raffinessen, die eine ökologische Lenkwirkung entfalten würden. Die Steuer würde weniger als 5000 Superreiche in Deutschland betreffen. Investiertes Vermögen, das nicht den Pariser Klimazielen entspricht, würde mit 0,5 Prozent zusätzlich besteuert werden. Bis Ende 2030 könnten so Mehreinnahmen von bis zu 200 Milliarden Euro erzielt werden. Damit ließen sich Klimaschutzmaßnahmen und die ökologische Modernisierung finanzieren. ■

MELDUNGEN

04 / 2025
Marshallinseln

Greenpeace kehrt auf die Marshallinseln zurück

Im April 2025 kehrte Greenpeace mit dem Schiff „Rainbow Warrior III“ zu den Marshallinseln im Pazifik zurück. Die Reise fand 40 Jahre nach der historischen „Operation Exodus“ statt, bei der Greenpeace-Aktive mehr als 300 Bewohner:innen des durch US-Atomtests kontaminierten Atolls Rongelap evakuierten. Bei der jüngsten Mission stellten

Expert:innen fest, dass bei den zwischen 1946 und 1958 durchgeführten Versuchen alle bewohnten Atolle radioaktiv verseucht wurden. Aber nur drei der heute 24 bewohnten Atolle erhielten medizinische Hilfe. Noch heute wirken die gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Folgen auf den Marshallinseln fort – weit gravierender als von den USA bisher anerkannt. Zugleich bedrohen steigende Meeresspiegel aufgrund der Klimakrise die

Marshallinseln. Greenpeace forderte Hilfe für die Bewohner:innen sowie wirksame Maßnahmen zur Dekontaminierung.

Das Greenpeace-Team besuchte auf seiner Reise auch Neuseeland, um des Anschlags auf das Schiff „Rainbow Warrior“ zu gedenken: Im Juli 1985 hatte der französische Geheimdienst zwei Bomben an der Außenwand angebracht, der Fotograf Fernando Pereira war beim Untergang des Schiffs gestorben. ■

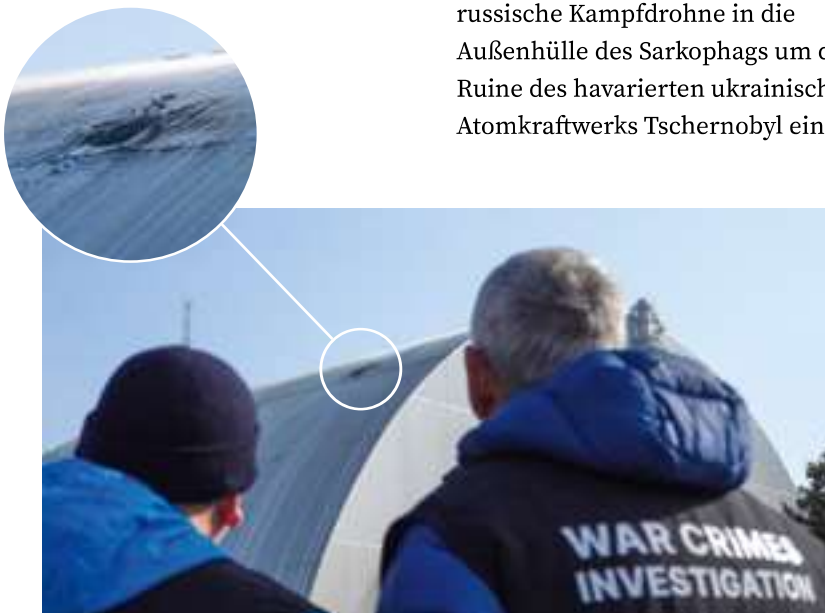


03 / 2025
Tschornobyl

Messungen in Tschornobyl

Im Februar 2025 schlug eine russische Kampfdrohne in die Außenhülle des Sarkophags um die Ruine des havarierten ukrainischen Atomkraftwerks Tschernobyl ein.

Erst drei Wochen später konnte der Brand als gelöscht gemeldet werden. Im März war Greenpeace vor Ort, um den Zustand des Sarkophags zu begutachten. Der leitende Ingenieur für Tschornobyl und den Sarkophag, Artem Siriy, teilte dem Greenpeace-Team während des Treffens mit, dass 50 Prozent der Isolierung unter dem Nord- und Süddach durch den russischen Drohnenangriff schwer beschädigt wurden. Weitere Schäden könnten durch eindringendes Wasser entstehen. Die Schutzhülle erfülle ihre Funktion nicht mehr, ein vollständiger Ersatz könne nötig werden. Im Dezember 2025 bestätigte auch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO): Die Schutzhülle sei undicht. ■



03/2025
USA

Greenpeace wehrt sich gegen Einschüchterungsklage

Im März 2025 wurde Greenpeace USA von einer Geschworenengjury im Bundesstaat North Dakota zur Zahlung von 660 Millionen US-Dollar verurteilt – ein Urteil, das Aktivist:innen und Menschenrechtsorganisationen weltweit als gefährlichen Präzedenzfall kritisierten. Laut Jury sei Greenpeace USA für Verleumdung und weitere Vorwürfe haftbar, die im Zusammenhang mit Protesten gegen den Bau der Dakota Access Pipeline in den Jahren 2016 und 2017 stehen. Für Greenpeace stand – und steht – fest: Es handelt

sich um eine SLAPP-Klage (Strategic Lawsuits Against Public Participation, auf Deutsch: strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung), die friedlichen Protest unterdrücken soll.

Greenpeace USA legte Berufung ein. Gleichzeitig reichte Greenpeace International in den Niederlanden eine Klage gegen den Ölkonzern Energy Transfer ein. Diese Klage nutzte erstmals

die Anti-SLAPP-Richtlinie der EU, die Verbände und Zivilgesellschaft besser vor missbräuchlichen Prozessen schützen soll. Das Gericht in den USA halbierte im Anschluss die Summe, die Greenpeace USA zahlen soll, ein endgültiges Urteil stand Ende 2025 aus. Greenpeace USA ist rechtlich von Greenpeace Deutschland getrennt, Spendengelder bei Greenpeace Deutschland sind also in jedem Fall sicher. ■



07/2025
Den Haag

Durchbruch beim Klimaschutz

Der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag bestätigte im Juli 2025, dass alle Staaten völkerrechtlich verpflichtet sind, wirksamen

Klimaschutz zu betreiben und die 1,5-Grad-Grenze des Pariser Abkommens einzuhalten. Das welt höchste Gericht stellte in seinem Gutachten klar, dass ein Recht auf eine saubere und gesunde Umwelt Teil der Menschenrechte sei und Emissionen deutlich gesenkt werden müssten, um die schwerwiegenden Folgen der Erderhitzung zu begrenzen.

Für Greenpeace war das IGH-Gutachten ein Durchbruch, weil es Möglichkeiten für internationale Klimaklagen eröffnet, falls Staaten ihrer Pflicht nicht nachkommen. Greenpeace hatte im Verfahren mit einer juristischen Stellungnahme dargelegt, dass Staaten verpflichtet sind, nicht nur ihre eigenen Emissionen zu reduzieren, sondern auch Menschenrechte und Grundfreiheiten hinsichtlich der Folgen der Klimakrise zu schützen. Greenpeace nahm sich vor, mit dem Gutachten den Druck auf Regierungen zu erhöhen, ihre Klimapolitik deutlich zu verschärfen. Martin Kaiser, Geschäftsführender Vorstand von Greenpeace Deutschland sagte: „Das welthöchste Gericht hat eine neue Zeitrechnung im Klimaschutz ausgerufen.“ ■



09/2025
Deutschland

Greenpeace deckt Netzwerk hinter „Stiftung Familienunternehmen“ auf



Eine investigative Recherche von Greenpeace offenbarte im September 2025, welche Konzerne und milliardenschweren Eigentümerfamilien hinter der „Stiftung Familienunternehmen“ (SFU) stehen – einer Lobbyorganisation, die bislang im Verborgenen agierte. Demnach handelt es sich bei der Stiftung keineswegs um einen Zusammenschluss kleiner und mittlerer Familienbetriebe, wie der Name suggeriert, sondern um ein Bündnis von Superreichen und Großkonzernen. Greenpeace konnte insgesamt 258 Familien und Unternehmen dem Umfeld der SFU zuordnen – darunter viele aus klimaschädlichen Branchen

wie Auto-, Chemie- oder Transportwirtschaft.

Die Stiftung nutzt ihre wirtschaftliche und politische Macht laut den Recherchen gezielt, um Steuer- und Klimaschutzreformen zu blockieren sowie politische Entscheidungen zu beeinflussen, lautet der Vorwurf von Greenpeace. Es brauche mehr Transparenz bezüglich Lobbystrukturen und politischer Einflussnahme, damit Superreiche nicht weiterhin ambitionierten Klimaschutz und ein gerechtes Steuersystem verhindern können.

Das Greenpeace-Konzept der ökologischen Milliardärssteuer, das Greenpeace 2025 vorantrieb, sieht vor, dass Superreiche ihren Anteil an den Kosten der klimagerechten Modernisierung des Landes tragen. ■

07–08/2025
Bayern/Borkum

Greenpeace gegen Gasprojekte

Im Mai 2025 kam die neue Bundesregierung aus Union und SPD ins Amt. Sie setzte noch mehr als die Vorgängerregierung auf Erdgas, und das sollte auch aus dem eigenen Land kommen. Im Süden der Republik, im bayerischen Reichling, wurde trotz intensiver Proteste gebohrt. Eine kanadisch-deutsche Firmengruppe errichtete dort einen 40-Meter hohen Bohrturm direkt neben einem Schutzgebiet für bedrohte Tiere und Pflanzen. Schon im September 2025 zeigten

Greenpeace-Recherchen, dass das Wasserwirtschaftsamt eine „teilweise deutliche Überschreitung der Geringfügigkeitsschwellenwerte“ von Zink, Barium und BTEX (giftige Bestandteile aus der Gruppe der leichtflüchtigen aromatischen Kohlenwasserstoffe) feststellte: eine „systematische und anhaltende Missachtung“ von Auflagen. Auch im ökologisch wertvollen Wattenmeer vor Borkum soll nach Gas gebohrt werden. Umweltschützende protestieren seit Jahren gegen die

Pläne, in der Nähe von Meereschutzgebieten zu bohren. Doch im Juli 2025 stimmte das Bundeskabinett einem Abkommen mit den Niederlanden zu, das für die Gasförderung notwendig sei. Ein von Greenpeace in Auftrag gegebenes Gutachten der Anwältin Roda Verheyen kam zu dem Schluss: Das Abkommen zwischen Deutschland und den Niederlanden ist verfassungs- und völkerrechtswidrig. Greenpeace setzt sich weiter gegen beide Gasprojekte ein. ■



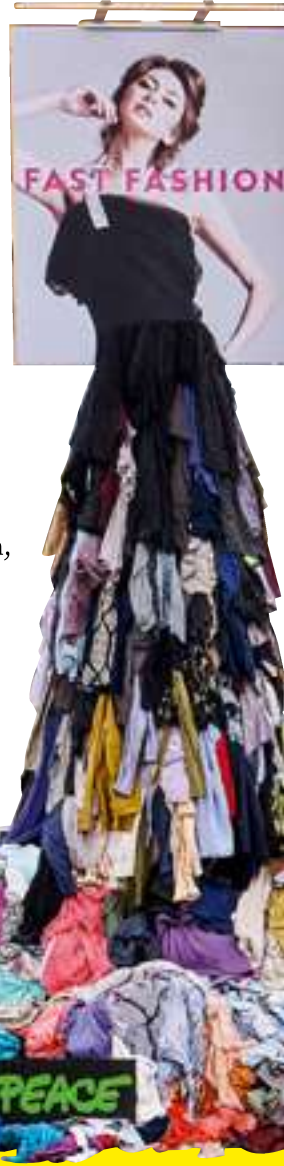
11/2025
Deutschland/Europa



Untragbare Wegwerfmode

Im November 2025 veröffentlichte Greenpeace die Ergebnisse einer Untersuchung, die zeigten, dass Kleidung des Onlinehändlers Shein weiterhin gefährliche Chemikalien enthielt. Bei Tests von 56 Kleidungsstücken in mehreren Ländern überschritten 18 Teile (etwa ein Drittel) die Grenzwerte des europäischen Chemikalienrechts (REACH), darunter auch Kinderbekleidung. Besonders stark waren Outdoor-Jacken mit Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS) belastet – in Einzelfällen mehr als 3000-fach über dem zulässigen Wert. Auch hohe Werte an Phthalaten und anderen Schadstoffen stellten die

Forschenden fest. Obwohl Shein nach früheren Hinweisen auf gefährliche Chemikalien Besserung versprochen hatte, zeigte die Analyse keine spürbaren Fortschritte. Um den zerstörerischen Trend von Fast Fashion zu stoppen, fordert Greenpeace von der Bundesregierung ein Anti-Fast-Fashion-Gesetz mit einer Sonderabgabe auf Fast-Fashion-Produkte und einem Werbeverbot. ■



11/2025
Ukraine

Grüner Wiederaufbau in der Ukraine

Es sind kaum vorstellbare Zustände – trotz Krieg im eigenen Land, häufigem Luftalarm und Sorgen um Freunde und Familie arbeitet das Team von Greenpeace Ukraine jeden Tag für Umwelt- und Klimaschutz. Im September 2025 jährte sich die Eröffnung des Greenpeace-Büros in Kyjiw zum ersten Mal. Das Ziel der Mitarbeitenden: eine starke, unabhängige, grüne Ukraine. Noch während Krieg und Zerstörung wüten, arbeiten sie am grünen Wiederaufbau des



Landes: Weil Fachkräfte fehlten, bildete Greenpeace Ukraine, mit Unterstützung von Greenpeace Deutschland, Frauen darin aus, Solaranlagen zu installieren – Anfang November

2025 wurden die ersten Anlagen in Betrieb genommen. Ein Baustein einer dezentralen, resilienten und klimafreundlichen Energieversorgung der Zukunft. ■

10 / 2025
Hamburg

100.000 Besuchende in der Hamburger Greenpeace-Ausstellung

Seit dem 31. Oktober 2013 gibt es die Ausstellung in der HafenCity in Hamburg rund um die Greenpeace-Themen. Am 24. Oktober 2025 empfing sie inmitten einer Gruppe von Grundschüler:innen aus einer Hamburger Ferienbetreuung ihren 100.000. Besuchenden. Dass der Jubiläumsgast ein Kind war, ist kein Zufall: Mehr als die Hälfte der Ausstellungsbesuchenden sind 16 Jahre und jünger. Viele Schulklassen erfahren in der interaktiven Ausstellung spielerisch, wie Leben und Konsum mit vielen



Umweltproblemen zusammenhängen – und was man selbst für mehr Umweltschutz tun kann. Aber auch Erwachsene können Spannendes entdecken: echte Aktionsmittel etwa, mit denen Aktive von Greenpeace vor Ort waren, um auf Umweltskandale aufmerksam zu

machen, darunter ein Schlauchboot, das etliche Male im Einsatz war. Sonderausstellungen beschäftigen sich mit aktuellen Kampagnen, dazu kommen Veranstaltungen, wie etwa Multivisionsshows und Expert:innengespräche. Der Eintritt ist für alle Interessierten frei. ■

11 / 2025
Berlin

About-Tomorrow-Konferenz

Demokratie, Klimagerechtigkeit, Aktivismus, Zusammenhalt – auf dem von Greenpeace organisierten Kongress About Tomorrow ging es

im November 2025 um die großen Herausforderungen und die Frage, wie Veränderung aussehen kann. An zwei Tagen gab es in Berlin Vorträge, Diskussionen, Workshops und Gelegenheiten, eigene Ideen einzubringen. Ein Angebot, das in der Zielgruppe der unter 40-Jährigen hervorragend ankam. In Berlin kamen Menschen zusammen, die nicht nur reden, sondern handeln wollten. Gemeinsam, fair und nach vorne gerichtet. ■



11/2025
Berlin

Deutliches Nein zur Wehrpflicht

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine erlebte Deutschland eine beispiellose Aufrüstung. Die Bundeswehr sollte wieder wachsen – notfalls mit Zwang. Kaum hatte die neue Bundesregierung im Mai 2025 die Arbeit aufgenommen, begannen die Planspiele zur Wiedereinführung der seit 2011 ausgesetzten Wehrpflicht. Im Dezember 2025 verabschiedete der Bundestag eine Reform des Wehrdienstes, die zum 1. Januar 2026 in Kraft trat. Sie sieht vor, dass junge Männer ab dem Geburtsjahrgang 2008 verpflichtend einen Fragebogen zur Eignung und

Motivation für einen Dienst bei der Bundeswehr ausfüllen müssen. Frauen können dies freiwillig tun. Das soll der Erfassung potenzieller Rekrut:innen dienen und mehr Freiwillige bringen. Doch falls das nicht reichen würde, wollte die Bundesregierung die Wehrpflicht einfach per Rechtsverordnung reaktivieren. Ein Greenpeace-Gutachten warnte:

Das wäre verfassungswidrig. Greenpeace-Jugendliche protestierten 2025 mehrfach – so auch mit einer Aktion auf den Treppen von der Spree zum Bundestag, bei der sie deutlich machten: „Diese Stiefel ziehen wir uns nicht an – Nein zur Wehrpflicht!“ Mit Erfolg. Der entsprechende Passus wurde aus dem Gesetz gestrichen. ■

11/2025
Deutschland

Fragen und Antworten im Heizungskeller

Gäste im Heizungskeller empfangen? Eine ungewöhnliche Idee, aber am 15. November 2025 ging sie an vielen Orten in Deutschland voll auf: Gemeinsam mit anderen Klimaschutzinitiativen organisierte Greenpeace den Tag des offenen Heizungskellers. Der Gedanke: Menschen, die schon eine Wärmepumpe installiert haben, zeigen Interessierten ihre Anlage und beantworten Fragen. Keine Verkaufsshow von Expert:innen mit Eigeninteresse, sondern ehrliche Antworten aus

dem Alltag. Wie läuft's im Winter? Was hat's gekostet? Wie geht das mit der Förderung? In mehr als 90 Kommunen und bei mehr als 200 Gastgeber:innen wurden solche Fragen gestellt. In einzelnen Häusern gab es bis zu 100 Besucher:innen. Zahlreiche Interessierte äußerten sich im Anschluss überzeugt: Wärmepumpen funktionieren zuverlässig, effizient und klimafreundlich. Während die Bundesregierung versucht, das Rad der Zeit zurückzudrehen, und wieder auf teures und klimaschädliches Erdgas setzt, treiben Bürger:innen die Energiewende mit solchen Aktionen voran. ■



Jahresabschluss

zum 31.12.2025

Greenpeace
ist finanziell
unabhängig von
Politik und
Wirtschaft

Greenpeace legt jedes Jahr seine Bücher offen, um nachzuweisen, dass die Gelder ausschließlich für die in der Satzung festgelegten Zwecke eingesetzt wurden.

(Protest mit Kanus
gegen Gasproduktion)

Erträge aus Spenden		
Spenden unter € 100		59,9
Spenden unter € 500		15,4
Nachlässe		16,7
Spenden von € 500 und mehr		6,2
Spenden aus Lotterien		2,6
Sonstiges: Bußgelder, Sachspenden		0,1
Industriesponsoring		0,0
Staatliche Zuwendungen		0,0
in Mio. €		100,9

Der vollständige Jahresabschluss aus dem Jahr 2025 wurde freiwillig zur Prüfung an die ESC Wirtschaftsprüfung GmbH gegeben und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Wir veröffentlichen an dieser Stelle eine Zusammenfassung des geprüften Abschlusses aus dem Jahr 2025 (Bilanz zum 31.12.2025).

Viele Unterstützende sichern die Unabhängigkeit von Greenpeace

Im Jahr 2025 erreichten die zugeflossenen Gesamtspenden für Greenpeace e.V. 100,9 Millionen Euro. Die Arbeit von Greenpeace Deutschland wird zu mehr als

99 Prozent aus Spenden, Nachlässen und Förderbeiträgen finanziert. Zum 31. Dezember 2025 haben 619.969 Menschen Greenpeace gefördert. Die tragende Säule sind dabei die vielen Spenden und Zuwendungen von bis zu 100 Euro jährlich. Das zeigt, wie breit die Unterstützung für unsere Arbeit ist. Diese Basis sichert dem Verein die für die Umweltschutzarbeit unerlässliche Unabhängigkeit. Zudem erzielte Greenpeace Einnahmen aus Bußgeldern. Einnahmen aus Nachlässen sind ebenfalls ein wichtiger Pfeiler für unsere langfristige Arbeit. 2025 musste sich Greenpeace von 106 Menschen ver-

abschieden, die ein Grünes Testament für Greenpeace verfasst hatten. Mit ihrem letzten Willen sind sie so für immer im Umweltschutz aktiv. Einnahmen aus Nachlässen unterliegen nicht ausschließlich der zeitnahen Verwendung, sie können auch langfristig für finanzielle Stabilität und damit auch für Unabhängigkeit in unsicheren Zeiten sorgen.

Des Weiteren haben wir 2025 2,6 Millionen Euro aus Lotterien sowie von 77 Menschen besonders

hohe Spenden von 10.000 Euro und mehr erhalten. Wir freuen uns sehr darüber, dass so viele ihre außergewöhnlichen finanziellen Möglichkeiten zur Unterstützung unserer Kampagnen genutzt haben.

Wir sagen Danke für diese Wertschätzung und Großzügigkeit!

Greenpeace e.V. und verbundene Organisationen

Die Glaubwürdigkeit von Greenpeace ist unter anderem auf die finanzielle Transparenz zurückzuführen, auch durch den Hinweis auf verbundene Organisationen.

Die Umweltstiftung Greenpeace wurde 1999 von Greenpeace e.V. gegründet, um Fördernden zusätzliche Möglichkeiten des Engagements anzubieten. Das Kapital der Stiftung bleibt erhalten und wird nachhaltig angelegt. Die Erträge unterstützen

die Arbeit von Greenpeace sowie Umweltschutz- und Friedensprojekte anderer Organisationen weltweit.

Die Stiftung agiert rechtlich unabhängig, jedoch im Sinne von Greenpeace.

Die Energiegenossenschaft Green Planet Energy, früher Greenpeace Energy, ging 1999 aus einer Stromwechsellkampagne von Greenpeace hervor. Sie arbeitet seitdem rechtlich und wirtschaftlich unabhängig für eine Versorgung aus 100 Prozent erneuerbaren Energien. Der Greenpeace e.V. hält einen symbolischen Anteil an Green Planet Energy. ■



Spektakuläre neue Ausstellung in Stralsund

Die langjährige Kooperation zwischen Greenpeace und dem Meeresmuseum in Stralsund brachte 2025 ein völlig neues Ausstellungserlebnis hervor: Die überarbeitete Ausstellung „1:1 Riesen der Meere“ im Ozeaneum nimmt Besucher seit Dezember 2025 mittels Projektion mit auf eine eindrucksvolle Reise in die Tiefen der Ozeane. Dabei rücken die größten Meeressäuger in den Mittelpunkt – von majestätischen Blauwalen bis zu geheimnisvollen Pottwalen. Großformatige Modelle, stimmungsvolle Klangwelten und multimediale Inszenierungen lassen die „Riesen der Meere“ lebendig wirken und machen ihre Lebenswelt unmittelbar erfahrbar. Gleichzeitig vermittelt die Ausstellung eindringlich, welchen Bedrohungen Wale heute ausgesetzt sind und warum ihr Schutz so wichtig ist. Die Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Meeresmuseum und Greenpeace verbindet Wissensvermittlung mit einem klaren Appell: Die Ozeane brauchen Schutz – jetzt. ■

Gehaltsmodell bei Greenpeace

Ende 2025 arbeiteten 428 angestellte Mitarbeitende auf 331 Vollzeitstellen bei Greenpeace. Der Verdienst auf einer Vollzeitstelle mit einer Wochenarbeitszeit von 37,5 Stunden lag zwischen 2.380 Euro und 8.499 Euro monatlich. Die Jahresgehälter für die Geschäftsführenden Vorständ:innen betrugen für das Kalenderjahr 2025 je 145.000 Euro.

Weitere Informationen zum Greenpeace-Gehaltsmodell finden Sie unter:

greenpeace.de/jobs/gehaltsmodell

Erträge und Aufwendungen

Die Jahresspendeneinnahmen von Greenpeace Deutschland lagen 2025 bei 100,9 Millionen Euro. Unsere Ausgaben für Kampagnen (national, international und für Kommunikation) betrugen 83,7 Millionen Euro, was rund 84 Prozent der Gesamtaufwendungen (100,2 Millionen Euro) entspricht.

Wir haben 2025 weiter in Betreuung und Kommunikation mit unseren Unterstützer:innen und der interessierten Öffentlichkeit investiert, um noch besser über die aktuellen Kampagnen zu informieren. Die Werbekosten betrugen 10 Millionen Euro und bewegten sich damit auf dem Niveau des Vorjahres.

Wir investieren weiterhin in Maßnahmen in der Förderndenwerbung. Wir werden diese Initiative fortsetzen, um Greenpeace mit Blick auf die nächsten Jahre und Jahrzehnte wirksam und schlagkräftig zu halten. ■

Die Greenpeace-Jugend setzt sich gegen Tierleid ein.

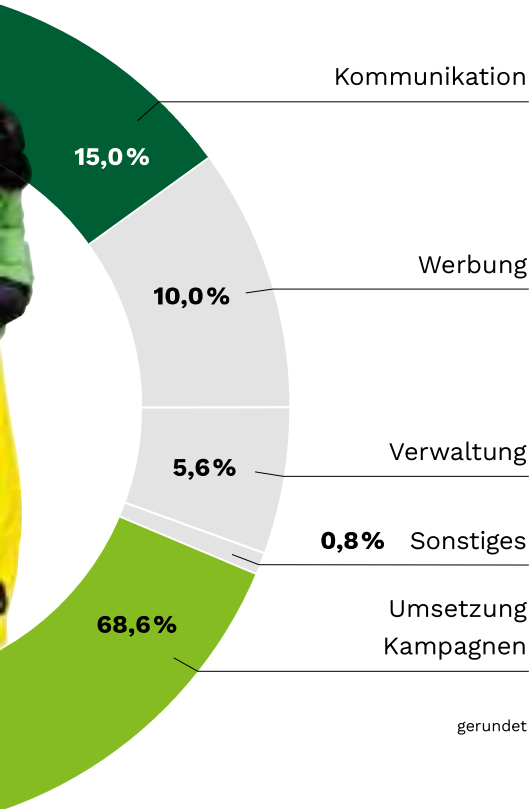


Regelungen zur Rechnungslegung

Im Jahresabschluss 2025 sind die Regelungen des IDW für „Spenden sammelnde Organisationen“ (IDW RS HFA 21) berücksichtigt. Diese Regelungen erkennen an, dass Organisationen wie Greenpeace nicht bestrebt sind, Gewinne zu erzielen, sondern die ihnen zugeflossenen Spenden satzungsgemäß und möglichst zeitnah auszugeben. Das bedeutet: Einen Gewinn oder Verlust im klassischen Sinne gibt es nach diesem Standard der Rechnungslegung nicht. Ein Überschuss von Erträgen gegenüber Aufwendungen im Geschäftsjahr wird zur Verwendung im nächsten Jahr

vorgetragen (und erscheint nicht als Gewinn). Eine Unterdeckung hingegen bedeutet, dass mehr Spendengelder in diesem Geschäftsjahr ausgegeben wurden, als im selben Jahr zugeflossen sind, die Ausgaben also durch Einnahmen aus vorherigen Jahren finanziert wurden. Der Standard wirkt sich somit auch auf die Bilanzdarstellung der Position „Noch nicht verbrauchte Spendenmittel“ aus. Langfristig gebundene Spendenmittel sind

gleichzusetzen mit dem Anlagevermögen, sie stehen nicht sofort als liquide Mittel bereit. Die anderen noch nicht verwendeten Spendenmittel garantieren eine kontinuierliche Arbeit auch im Falle von Einnahmeschwankungen. Sie ermöglichen, unabhängiger von der aktuellen Einnahmesituation auf Unvorhergesehenes reagieren zu können, eventuelle Risiken abzudecken und Mittel für Investitionen bereitzustellen. ■



Erträge (in Tausend €)	2025	2024
Spenden		
Im Geschäftsjahr zugeflossene Spenden	100.929	88.225
Verbrauch in Vorjahren zugeflossener Spenden	6.498	6.293
Noch nicht verbrauchte Spenden des Geschäftsjahrs	-9.425	-6.486
	98.002	88.032
Sonstige Erträge	930	1.093
Zinsergebnis	1.238	1.153
Gesamterträge	100.170	90.278

Aufwendungen (in Tausend €)	2025	2024
Kampagnenkosten		
Aktionen und Projekte: z. B. Informationskampagnen, Studien, Rechercheaufträge	68.668	59.845
	68.668	59.845
Kommunikation		
Greenpeace-Nachrichten	2.059	1.938
Betreuung der Fördernden	4.790	4.432
Informationsmedien: z. B. Pressestelle, Broschüren, Plakate, Filme, Kinospots, Fotodokumentationen, sonstige Öffentlichkeitsarbeit	8.164	8.401
	15.013	14.771
Werbekosten		
Anzeigen, Spendenbriefe, Erbschaftsbroschüren, Standwerbung, Neuförderndengewinnung	10.009	9.615
Verwaltungskosten		
Geschäftsstelle, Buchhaltung, Poststelle, IT- und Personal- abteilung, Miete, Geldverkehr, Rechts- und Beratungskosten, Versicherungen, Gebühren	5.652	5.828
Sonstige Aufwendungen	828	219
Gesamtaufwendungen	100.170	90.278



Anlässlich des 80. Jahrestags der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki luden Aktive von Greenpeace unter dem Motto „Joined Streetart for Hope“ dazu ein, 1000 Kraniche auf einem Banner im Millerntor-Stadion auf St. Pauli in Hamburg auszumalen. Das Motiv stammt von der mobilen Streetart-Wall der Künstlergruppe Demko / Ebert aus Würzburg.

Erläuterung zur Bilanz

Die immateriellen Vermögensgegenstände bestehen im Wesentlichen aus Software, deren Nutzungsrechten und Lizenzen. Die Sachanlagen umfassen Einbauten im Aktionslager, Fahrzeuge und Boote, das Schiff „Beluga II“, die Ausstellung am Standort Hamburg, Großexponate in der Ausstellung im Meeresmuseum in Stralsund, IT-Equipment und aus

Nachlässen zugegangene Grundstücke und Gebäude.

Der wesentliche Zugang in den Sachanlagen umfasst Investitionen in die energetische Sanierung des Lagergebäudes, diverse Investitionen in Aktionsmaterialien sowie Investitionen in die IT-Ausstattung und in den umweltfreundlichen Umbau des Schiffs „Beluga II“.

Die Finanzanlagen umfassen im Wesentlichen zwei laufend verzinste Darlehen an andere Greenpeace Organisationen, zur Finanzierung eines Schiffneubaus und zur Sanierung der „Arctic Sunrise“. Zu den wichtigsten Posten der Rückstellungen zählen ausstehende Rechnungen, Rechtsstreitigkeiten, Personal- sowie Jahresabschlusskosten. ■

Aktiva (in Tausend €)	2025	2024
A Anlagevermögen		
1 Immaterielle Vermögensgegenstände	179	421
2 Sachanlagen	8.019	7.631
3 Finanzanlagen	10.861	2.050
	19.059	10.102
B Umlaufvermögen		
1 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1.1 Forderungen gegen andere Greenpeace-Organisationen	70	684
1.2 Sonstige Vermögensgegenstände	8.073	7.472
2 Sonstige Wertpapiere	0	4.809
3 Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	60.744	57.495
	68.887	70.460
C Rechnungsabgrenzungsposten		
	424	410
Summe	88.370	80.972

Passiva (in Tausend €)	2025	2024
A Noch nicht verbrauchte Spendenmittel		
1 Langfristig gebundene Spendenmittel	0	6.498
2 Andere noch nicht verwendete Spendenmittel	71.135	61.710
	71.135	68.208
B Rückstellungen		
	2.972	3.160
C Verbindlichkeiten		
1 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.428	2.262
2 Verbindlichkeiten gegenüber anderen Greenpeace-Organisationen und der Greenpeace Media GmbH	9.072	6.382
3 Sonstige Verbindlichkeiten	2.763	960
	14.263	9.604
D Rechnungsabgrenzungsposten		
	0	0
Summe	88.370	80.972

Geldanlagepolitik von Greenpeace

Greenpeace behält die Risiken für das Geld im Auge, das unsere Fördermitglieder spenden. Unsere noch nicht verbrauchten Spendenmittel legen wir aus Prinzip nur als flexible Barmiteileinlagen an, gestreut über mehrere Banken, deren Auswahl immer auch nach ethischen Gesichtspunkten erfolgt. Wir haben

keine Investments in Fonds oder Ähnlichem und sind von Kurschwankungen bei Aktien oder Zertifikaten nicht betroffen. Zuweilen werden uns testamentarisch Wertpapiere zugewandt, welche wir frühestmöglich liquidieren. Greenpeace legt seine Gelder bei folgenden Banken an: Sozialbank, GLS Bank und Ethikbank. Über die

gesetzliche Einlagensicherung hinaus sind die Einlagen in voller Höhe und vollem Umfang ohne Limitierung durch die Mitgliedschaft in genossenschaftlichen Einlagensicherungsfonds abgesichert.

Unter Berücksichtigung aller Aspekte kommen wir zu dem Schluss: Die noch nicht verbrauchten Spendenmittel sind sicher und flexibel einsetzbar. ■

Aktive von Greenpeace illustrieren die Klimalücke während der Koalitionsverhandlungen von CDU und SPD.



GREENPEACE-ERFOLGE 2025



In vielen Ländern der Welt hat Greenpeace Erfolge erzielt – kleine und große. Eine Auswahl

1 Norwegen stoppt Tiefseebergbau

Die neu gewählte Regierung Norwegens reagierte im Dezember 2025 auf den Druck von Greenpeace und anderen Umweltorganisationen und stoppte den geplanten Tiefseebergbau vorerst. Bis Ende 2029, so legte sie fest, würden keine Lizenzen für Erkundung oder Ausbeutung in der Tiefsee vergeben. Ein besonders wichtiger Schritt für den Schutz dieses empfindlichen Ökosystems, weil Norwegen Tiefseebergbau zuvor besonders stark befürwortet hatte.

2 Meilenstein für Landwirtschaft in Kenia

Entscheidender Schritt für Ernährungssouveränität und Klimagerechtigkeit: Der oberste Gerichtshof Kenias entschied im November 2025 zugunsten von Kleinbauern und -bäuerinnen und erklärte ein Gesetz über Saatgut sowie Pflanzensorten für verfassungswidrig. Das Urteil entkriminalisiert die seit jeher praktizierte Aufbewahrung, Weitergabe und den Tausch von einheimischem Saatgut und bekräftigt, dass das von Bauern verwaltete Saatgutssystem (FMSS) ein geschütztes Recht und nicht kriminell ist. Greenpeace Afrika hatte die Klage unterstützt und engagiert sich weiter für eine nachhaltige und gerechte Landwirtschaft.

3 Mehr Tanker auf Sanktionslisten

Schattenflotte: Russische Ölexporte mit veralteten Tankern bedrohen die Ostseeküste. 2025 legte Greenpeace immer wieder Listen mit maroden Tankern vor, die nicht mehr die Ostsee passieren sollten.

Die EU übernahm viele davon auf ihre eigenen Listen: Von der Greenpeace-Liste der 192 gefährlichsten Tanker befand sich Ende 2025 der größte Teil auf der EU-Sanktionsliste und durfte damit unter anderen die Häfen der EU nicht mehr anfahren.

Greenpeace-Büros in aller Welt

- 1 Kanada
- 2 USA
- 3 Mexiko
- 4 Andino Argentinien, Chile, Kolumbien
- 5 Brasilien
- 6 Nordic Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden
- 7 Großbritannien
- 8 Deutschland
- 9 Niederlande
- 10 Belgien
- 11 Frankreich und Luxemburg
- 12 Schweiz
- 13 Tschechische Republik
- 14 Zentral- und Osteuropa Bulgarien, Kroatien, Österreich, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Ukraine, Ungarn
- 15 Spanien und Portugal
- 16 Italien
- 17 Griechenland
- 18 Mittelmeer Israel, Türkei
- 19 Afrika DR Kongo, Kamerun, Kenia, Senegal, Südafrika
- 20 Ostasien China, Hongkong, Südkorea, Taiwan, Japan
- 21 Südasien Indien, Sri Lanka
- 22 Südostasien Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand
- 23 Australien / Pazifik
- 24 Mittlerer Osten und Nordafrika Libanon
- 25 Aotearoa



4

Hochseeschutzabkommen ratifiziert

Im September 2025 erreichte das UN-Hochseeschutzabkommen die nötige Zahl von Ratifizierungen durch Vertragsstaaten – ein historischer Durchbruch nach 20 Jahren Verhandlungen, die Greenpeace von Beginn an begleitet hat. Erstmals gibt es damit einen verbindlichen Rahmen zum Schutz der Hohen See. Bis 2030 müssen mindestens 30 Prozent der Ozeane wirksam geschützt sein.

5

Thailand verbietet Plastikmüllimport

Thailand setzte zum 1. Januar 2025 ein umfassendes Verbot der Einfuhr von Kunststoffabfällen in Kraft, um „Müllkolonialismus“ und die daraus folgende schwere Umweltverschmutzung zu bekämpfen. Das Verbot kam

nach jahrelangen Kampagnen von Greenpeace Thailand und lokalen Aktiven. Es untersagt alle Einfuhren von Kunststoffabfällen und soll verhindern, dass das Land weiterhin als globale Müllhalde für Industrienationen dient.

6

Anbindehaltung bei Bärenmarke endet

Frischmilch und H-Milch von Bärenmarke kommen nicht mehr von Kühen, die in tierquälerischer Anbindehaltung leben müssen. Diesen Meilenstein hat Greenpeace Deutschland im Juli 2025 mit der Unterstützung vieler Aktiver erreicht. Das zeigt: Unser Engagement zahlt sich aus. Doch Bärenmarke weigert sich weiterhin, auf Weidehaltung umzustellen. Greenpeace bleibt dran.

7

Wichtiger Schritt für Zukunftsklage

Die Zukunftsklage ist eine gemeinsame Verfassungsbeschwerde von Greenpeace, Germanwatch und mehr als 54.000 Mitkläger:innen gegen die unzureichende Klimapolitik der Bundesregierung. Die Kläger:innen fordern ein verfassungskonformes Klimaschutzgesetz und Schritte zur CO₂-Reduktion. Im August 2025 nahm die Zukunftsklage eine bedeutende Hürde: Das Bundesverfassungsgericht leitete die Schriftsätze offiziell an Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat, mehrere Ministerien und Fachgremien zur Stellungnahme weiter. Damit war noch keine Entscheidung gefallen, doch die Wahrscheinlichkeit stieg deutlich, dass das Verfassungsgericht ein Verfahren einleiten würde. Mehrere wissenschaftliche Gremien unterstützten die Positionen der Zukunftskläger:innen.



Internationale Aufgaben für Greenpeace Deutschland

Die Ausbeutung der Natur macht vor Ländergrenzen nicht halt. Deswegen sieht Greenpeace Umweltschutzprobleme im globalen Kontext. Als Länderbüro mit vergleichsweise hohen Einnahmen übernimmt Greenpeace Deutschland einen großen Teil der Kosten für die weltweite Kampagnenarbeit. Wir fördern so Aktivitäten in Ländern, in denen die wirtschaftliche Situation es den meisten Menschen – anders als in Deutschland – kaum erlaubt, Geld für Umweltschutzarbeit zu erübrigen. Kampagnen gegen die Zerstörung des Urwalds in Amazonien beispielsweise könnten die Greenpeace-Büros vor Ort nicht allein finanzieren. Von den Einnahmen in Deutschland flossen 2025 rund 37,2 Millionen Euro in die internationale Kampagnenfinanzierung. Damit ist Greenpeace Deutschland der mit Abstand wichtigste Unterstützer internationaler Kampagnenarbeit. ■



Greenpeace-Schiff „Witness“



Nationale und regionale Greenpeace-Büros

Afrika, Andino, Aotearoa, Australien/Pazifik, Belgien, Brasilien, Deutschland, Frankreich/Luxemburg, Griechenland, Großbritannien, Italien, Kanada, Mexiko, Mittelmeer, Mittlerer Osten und Nordafrika, Niederlande, Nordic, Ostasien, Schweiz, Spanien/Portugal, Südasien, Südostasien, Tschechische Republik, USA, Zentral- und Osteuropa

Trustees dieser Büros bilden

Stichting Greenpeace Council

koordiniert die internationalen Kampagnen, die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Greenpeace-Schiffe.

wählt

Vorstand Greenpeace International

sieben Mitglieder

ernennt, kontrolliert und entlastet

Internationale Geschäftsführung

leitet die Bereiche Kampagnen, Aktionen, Schiffe, Presse/Medien, Lobby, Entwicklung der nationalen Büros, Finanzen, Fundraising, Verwaltung und Personal.

Die Struktur

Greenpeace arbeitet international mit Hauptsitz in Amsterdam. Nationale und regionale Büros führen ihre Kampagnen eigenverantwortlich durch. Das höchste Entscheidungsgremium ist der Council (Rat), der sich aus Vertreter:innen (Trustees) der einzelnen Büros zusammensetzt und auf jährlichen Treffen die Leitlinien der Arbeit festlegt. Der Council wählt den internationalen Vorstand, der wiederum die internationale Geschäftsführung einsetzt. ■



Mitmachen bei Greenpeace

Von Jung bis Alt sind weltweit mehr als 55.000 Menschen ehrenamtlich für Greenpeace aktiv. Die meisten Greenpeace-Erfolge sind nur dank ihrer Hilfe möglich. In Deutschland engagieren sich rund 6800 Menschen. Auf unserer Community-Plattform Greenwire sind sie online vernetzt. In über 90 Städten quer durch die Republik können sie sich in unseren Ortsgruppen für den Waldschutz, die Meere, artgerechte Tierhaltung und weniger Fleischkonsum, den Klimaschutz, eine neue Mobilität und Energiepolitik, einen klügeren Konsum, die Finanz- und Wirtschaftswende sowie den Frieden einsetzen. Rund 2200 Aktivitäten haben Ehrenamtliche in Deutschland 2025 online und offline durchgeführt.

Machen Sie mit und schauen Sie auf unserer Onlineplattform vorbei!

greenwire.greenpeace.de



Interaktive Greenpeace-Ausstellung in Hamburg

Ins Schlauchboot steigen, aktuelle Themen und Aktionen erkunden, mit Aktiven sprechen: Greenpeace erleben in der Hamburger HafenCity. Unsere interaktive Ausstellung ist zweisprachig (deutsch und englisch) sowie barrierefrei. Der Eintritt ist frei.

Aktuelle Öffnungszeiten sowie Infos zu Veranstaltungen finden Sie auf unserer Homepage. Schulklassen und Gruppen bitte per E-Mail anmelden: ausstellung@greenpeace.de Wir bieten auch Onlinevorträge an.

Hongkongstraße 10
20457 Hamburg
Eingang über die Elbarkaden
Telefon 040 30618-0



greenpeace.de/ausstellung





HEAR
MY CRY
FOR
HELP

Aktive von Greenpeace Deutschland und Greenpeace Italien projizierten gemeinsam diesen Hilferuf auf den Presena-Gletscher in den italienischen Alpen.

Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace arbeitet international und kämpft mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik und Wirtschaft. Rund 620.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt, der Völkerverständigung und des Friedens.



► Jetzt einen Beitrag leisten!

Zur Deckung unserer Herstellungskosten bitten wir um eine Spende: **GLS Bank,**
IBAN DE49430609670000033401, BIC GENODEM1GLS

Impressum

Greenpeace e.V. Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, T 040 30618-0, **Politische Vertretung Berlin** Marienstraße 19-20, 10117 Berlin, T 030 308899-0, **Pressestelle** presse@greenpeace.de, greenpeace.de, **V.i.S.d.P.** Martin Kaiser, **Text/Redaktion** Agneta Melzer, **Schlussredaktion** Alexandra Boehlke, **Fotoredaktion** Kirstie Kinley, **Produktion** Maria Ljungdahl, **Fotos** Titel: Anne Barth: o.; Lucas Wahl: l. u.; Chris Grodotzki: r. u.; Seite 3: Lucas Wahl; Seite 4/5: Kevin McElvaney; Seite 6: Filipe Bispo: o.; Markus Mauthe: m. l.; Nilmar Lage: m. r.; Greenpeace: u.; Seite 7: Filipe Bispo: o.; Tuane Fernandes: m. l.; Christian Braga: m.; Kevin McElvaney: m. r. und u.; Seite 8-9: Greenpeace: l.; Fred Dott: r. o.; Daniel Müller: r. u.; Seite 10: Florian Manz; Seite 11: Daniel Müller; Seite 12: Bianca Vitale: o.; Greenpeace: u. (2); Seite 13: Greenpeace: o.; Tengbeh Kamara: u.; Seite 14: Paul Lovis Wagner: o.; Verena Brüning: u.; Seite 15: Florian Manz: l. o.; Verena Brüning: r. o.; Katherine Karpenko: u.; Seite 16: Lennard Schwarz: o.; Sina Niemeyer: u.; Seite 17: Paul Lovis Wagner: o.; Kerstin Rolfes: u.; Seite 18: Pawel Starnawski; Seite 19: Julius Schrank; Seite 20: Chris Grodotzki; Seite 22: Jewgeni Roppel; Seite 23: Christoph Söder; Seite 24: Lorenzo Moscia; Seite 25: Andreas Varnhorn; Seite 26: Christian Åslund; Seite 27: Daniel Müller: l. o.; Lennard Schwarz: r. o.; Chris Grodotzki: u.; Rücktitel: Francesco Alesi; alle © Greenpeace, **Design** BRENNWERT Kommunikation mit Zündung GmbH, www.brennwert.design, **Litho** Martina Drignat, **Druck** Drucktechnik Bisping & Odenthal GmbH, Große Rainstraße 87, 22765 Hamburg, **Auflage** 6000, gedruckt auf 100% recyceltem Altpapier, **Code** GP0SU8NT6, **Stand** 07/2026



greenpeace.de

Jahresbericht 2025

Struktur Greenpeace Deutschland	2
Vorwort	3

Themenschwerpunkte

Waldwende	4
Agrarwende	8
Meeresschutz	10
Finanzwende	11

Meldungen

Meldungen	12
-----------	----

Finanzen

Greenpeace Deutschland

Jahresabschluss	18
Ausstellung in Stralsund	19
Gehaltsmodell	19
Erträge und Aufwendungen	20
Regelungen zur Rechnungslegung	21
Erläuterung zur Bilanz	22
Geldanlagenpolitik	23

Greenpeace weltweit

Greenpeace-Erfolge – eine Auswahl	24
Greenpeace-Büros in aller Welt	24
Internationale Aufgaben für Greenpeace Deutschland	26

Greenpeace vor Ort

Mitmachen bei Greenpeace	27
Ausstellung	27
Greenpeace-Unabhängigkeit	28
Impressum	28